

GEDANKEN AUS DER CHEFREDAKTION



Unser Deutschlandtag in Berlin

Jetzt liegt der Deutschlandtag in Berlin schon wieder hinter uns! Für die rund 1.000 Delegierten und Gäste wurde unter dem Motto „Handeln. Dem Klima verpflichtet.“ ein umfangreiches Programm geboten. Mit Angela Merkel, Erwin Huber und Co. war die Parteispitze bei uns zu Gast, um zur Halbzeit der Großen Koalition ausgiebig über den Kurs der Bundesregierung bis zur nächsten Bundestagwahl zu diskutieren. Wer den Deutschlandtag in diesem Jahr verpasst hat, dem hilft DIE ENTSCHEIDUNG! Denn wir dokumentieren die Höhepunkte unseres Treffens, die inhaltlichen Beschlüsse und die Atmosphäre am modernsten Platz Europas auf den Seiten 6 bis 15.

Eine vergnügliche Lektüre wünscht die Chefredaktion
Stefan Ewert & Sidney Pfannstiel

POLITSPIEGEL



Mit zweierlei Maß

Hubertus Knabe, der Direktor der Stasi-Gedenkstätte in Hohenschönhausen (HSH), hat sich in den vergangenen Jahren als engagierter Streiter gegen das Vergessen kommunistischer Verbrechen in der „DDR“ einen Namen gemacht. Irritationen um die Verleihung des Walter-Linse-Preises durch den HSH-Förderverein nutzte die Sozialisten-Fraktion im Bundestag jetzt, um den Rücktritt ihres Lieblingsfeindes zu fordern. Die Tatsache, dass der Namensgeber des Preises während des Dritten Reiches an der Enteignung jüdischer Betriebe beteiligt war, rechtfertigt zwar eine kritische Auseinandersetzung mit der Verleihung. Dass sich Linse nach dem Krieg für Menschenrechte einsetzte, 1952 von der Stasi entführt, gefoltert und 1953 in Moskau ermordet worden ist, klammerten die SED-Erben jedoch wohlweislich aus. Vermutlich, weil es sie an ihre eigene dunkle Vergangenheit erinnert hätte.

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

POLITSPIEGEL



Rote Einbahnstraße

Eigentlich sollte 18 Jahre nach der Wiedervereinigung allen Deutschen klar sein, dass die „DDR“ eine menschenverachtende Diktatur war, regiert durch eine machtgierige Clique von Alt-Kommunisten. Eigentlich. Denn ein Ereignis im brandenburgischen Zechin förderte nun eklatante Wissenslücken zu Tage. Die Gemeindevertretung hatte beschlossen, eine Straße nach Wilhelm Pieck, dem ersten „DDR“-Präsidenten, zu benennen. Der Direktor der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, appellierte an die Gemeindevertretung, die Entscheidung zurückzunehmen, da Pieck für den Tod vieler Menschen verantwortlich sei. Die JU Thüringen schlug vor, stattdessen vorbildlichen Demokraten wie Konrad Adenauer oder Ludwig Erhard die Ehre einer Straßenbenennung zukommen zu lassen.

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

Lesen, wie die Schwarzen denken: Seit über 50 Jahren ist DIE ENTSCHEIDUNG das Magazin der Jungen Union Deutschlands: Alle 2 Monate aktuelle politische Informationen aus dem Verband und für den Verband - und das ab 10,- Euro im Jahr! Abonnieren lohnt sich unter



DEUTSCHLANDTAG

Berliner Perspektiven

317 Delegierte, knapp 600 Gäste, über 50 akkreditierte Fernseh-, Hörfunk- und Printjournalisten, dazu die Bundeskanzlerin, der CSU-Chef, ein Ministerpräsident, ein Bundesminister als Redner: Der Deutschlandtag der Jungen Union hat sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Termin im politischen Kalender entwickelt.

Die Junge Union hatte Berlin als Ort ihres Treffens bewusst gewählt. Bereits zum sechsten Mal in der Geschichte der JU kamen die Delegierten in der Hauptstadt zusammen. Während sich früher damit immer das Bekenntnis zur deutschen Wiedervereinigung und zur Freiheit verband, galt es nun, 18 Jahre nach dem Fall der Mauer, aus dem Zentrum Berlins ein deutliches Signal an die unionsgeführte Bundesregierung zu senden, die kommenden beiden Jahre der Großen Koalition für mutige Reformschnitte zu nutzen.

Bereits zu Beginn des Deutschlandtages zog JU-Chef Philipp Mißfelder in seiner Rede eine ambivalente Halbzeitbilanz von Schwarz-Rot: Zwar habe die Große Koalition die gerade aus der Sicht der jungen Generation wichtige Rente mit 67 auf den Weg gebracht, doch sowohl bei den Beschlüssen zur Gesundheits- als auch bei denen zur Pflegereform wurde es unterlassen, beide Systeme der Sozialen Sicherung demografiefest und damit zukunftssicher zu machen. Mit der SPD seien weitergehende Veränderungen nicht möglich gewesen, weil sie sich der Problemlösung verweigere. „Die Große Koalition ist nicht unsere Wunschkonstellation gewesen. 2009 muss diese Zwangsehe von einer schwarz-gelben Reformkoalition abgelöst werden“, erklärte der JU-Vorsitzende unter dem Beifall der Delegierten und Gäste.

Die Forderung der JU an die Union, sie solle ihr Profil in der Bundesregierung noch klarer herausstellen, blieb während der gesamten Tagung einer der Schwerpunkte. Alle Redner hielten sich mit scharfer Kritik am Koalitionspartner SPD nicht zurück: Am Freitagabend warf der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers MdL der SPD einen Linksruck aus Angst vor der Linkspartei vor und plädierte dafür, dass „gerade jetzt, in Zeiten einer boomenden Konjunktur“ weitere Reformen vorgenommen würden. Dies sahen die Gäste am Samstag ähnlich. „Die Große Koalition ist, wie sie ist“, kritisierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB den mangelnden Veränderungswillen der Sozialdemokraten. Besonders großen Beifall bekam die CDU-Vorsitzende, als sie neben der Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung weitere Anstrengungen bei der Reform der Kranken- und Pflegeversicherung ankündigte: „Es wird der Tag kommen, an dem wir die Kapitaldeckung einführen.“ Auch der bayerische Staatsminister der Finanzen, Erwin Huber MdL, nutzte seinen ersten Auftritt als neuer CSU-Parteivorsitzender für scharfe Angriffe auf



Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Deutschlandtag: Die CDU-Vorsitzende, hier auf dem Podium mit JU-Chef Philipp Mißfelder und den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Nina Bender, André Stolz und Dr. Nadine Pallas, fand klare Worte zum Kurs der Großen Koalition.

die SPD. Sie könne „nicht mit einem Bein in der Koalition sein und mit dem anderen in der Opposition“, sondern sie müsse trotz ihrer Führungskrise „bereit sein zur Verantwortung“ in der Bundesregierung. Nachdem der ebenfalls frisch ernannte bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Dr. Markus Söder MdL den Richtungsstreit der SPD attackiert hatte, empfingen die Teilnehmer - darunter der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer - am Sonntag Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB. Er warnte die SPD, mit kostspieligen sozialpolitischen Experimenten die Haushaltskonsolidierung zu gefährden: „Die SPD muss endlich aufhören, diesen Weg, mit dem wir Erfolg haben, jetzt wieder korrigieren zu wollen.“ Das sei „das Dümme, was man machen kann.“

Angesichts solcher Diskussionen - erstmals gab es auch die viel genutzte Möglichkeit, im Rahmen der Aktion „Deine Frage an den Deutschlandtag“ via Internet eine Frage an den jeweiligen Redner zu richten - wäre es durchaus gerechtfertigt, das diesjährige Deutschlandtagmotto „Handeln. Dem Klima verpflichtet.“ nicht nur auf das Weltklima und dessen Schutz zu beziehen, sondern auch auf das innenpolitische „Klima“ zwischen Union und SPD auszudehnen. Ebenfalls intensiv beschäftigten sich die Delegierten mit den inhaltlichen Anträgen. So wurde am Samstag nach umfassender Beratung der Leitantrag zum Klima- und Umweltschutz beschlossen, in dem sich die Junge Union im Interesse der kommenden Generationen für eine rationale Auseinandersetzung über die Folgen des Klimawandels ausspricht: Entscheidender Schlüssel dabei sei eine unideologische Energiepolitik, die auf die ausgewogene Anwendung aller Energieträger von der Kernenergie über die fossilen bis zu den erneuerbaren Energien abziele. Daher stünden besonders die Industrienationen in der Verantwortung, ihre wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten zu nutzen, Anreize zur Effizienzsteigerung zu setzen und Schwellenländer wie

China, Indien oder Brasilien pragmatisch bei der möglichst klima- und umweltgerechten Energieversorgung zu unterstützen. Gerade Deutschland habe dank seiner innovativen Technologie im Umwelt- und Energiebereich sehr gute Exportchancen. Auch bei der Verabschiedung ihrer „Berliner Erklärung“ bezog die JU klar Position gegen die vom rot-roten Berliner Senat aus ideologischen Gründen und kurzfristigen Erwägungen verkündete Schließung des innenstadtnahen Flughafens Tempelhof.

Eine erfreuliche Besonderheit des Deutschlandtages war zweifellos die Vielzahl an internationalen Gästen, die die ausländischen Partnerorganisationen der Jungen Union an den Potsdamer Platz entsandt hatten. Erneut konnten auch Mitglieder der weißrussischen Oppositionsbewegung

anwesend sein, die von den JUlern mit dem Schwenken weiß-rot-weißer Schilder empfangen wurden. Ein bewegendes Grußwort hielt zudem der Knessetabgeordnete und Generalsekretär der israelischen Regierungspartei Kadima, Yohanan Plesner, der die gewachsene Freundschaft zwischen Israel und Deutschland unterstrich.

Die positive Resonanz des diesjährigen Deutschlandtages der Jungen Union bei Teilnehmern und Medien lässt hoffen - nicht nur auf den Deutschlandtag im kommenden Jahr.

Stefan Ewert

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG



Beschlüsse

Auf dem Deutschlandtag 2007 wurden neben dem Leitantrag des Bundesvorstandes „Handeln. Dem Klima verpflichtet.“ weitere Beschlüsse gefasst, die im Folgenden zum Überblick aufgelistet sind:

- Kein türkischer Einmarsch im Nordirak!
- Berliner Erklärung „Flughafen Tempelhof offen halten!“

Allgemeine Beschlüsse:

- Gesetzliche Grundlagen für Online-Durchsuchungen schaffen
- Kein Ausstieg aus der Kernenergie - Laufzeitverlängerung für deutsche KKW
- BaföG-Fördersätze anheben und um Familienkomponente ergänzen

- Förderung der Seehafenwirtschaft als bundesweite Aufgabe
- Förderung der energetischen Verwendung von Gülle
- Private Kernfusionsforschung in Deutschland ausbauen!
- Kein gesetzlicher Mindestlohn
- Linkspartei unter Beobachtung stellen
- Keine Verschiebung oder Aufhebung des Stichtages im Stammzellengesetz
- Bessere Aufklärung über psychische und psychosomatische Konsequenzen einer Abtreibung bei der Schwangerenkonfliktberatung
- Verbot von so genannten Spätabtreibungen
- Vereinfachung beim Nachrüsten von Dieselpartikelfiltern
- Abschaffung des Solidaritätszuschlags
- Keine Unterstützung radikaler Gruppierungen durch die Gewerkschaften

Beschlossene Sachanträge:

- Neuregelung beim Arbeitslosengeld I
- Politisches Bewusstsein in der Türkei realistisch einschätzen - Religionsfreiheit und Minderheitenrechte einfordern!



IMPRESSIONEN

Der Deutschlandtag in Bildern

BUCH-TIPP

60 Jahre JU Deutschlands

Das Buch „60 Jahre Junge Union Deutschlands“, herausgegeben vom Bundesvorsitzenden Philipp Mißfelder und im Weiss-Verlag gedruckt, wurde nach einjähriger Vorbereitungszeit anlässlich des 60-jährigen Jubiläums am 1. September 2007 in Berlin von mir vorgestellt. Die Publikation umfasst mehr als 300 Seiten und ist ein chronologischer Rundumschlag in sechs Kapiteln aus Zukunftsglauben, Zuversicht, Möglichkeiten und Erfolgen vom Gründungsjahr 1947 bis heute. Insgesamt haben 37 Autoren anekdotenhaft ihre Geschichten und Gedanken zu Papier gebracht.

Beim Lesen ist mir spontan ein Zitat von Gustav Mahler in den Sinn gekommen: „Tradition ist die Weitergabe des Feuers und nicht die Anbetung der Asche.“ Dieses Zitat zeigt bildhaft, wie die Junge Union ihre Arbeit und sich selbst schon immer verstanden hat. Die Gratwanderung zwischen Loyalität zur Mutterpartei und eigenständiger Politik war und ist für die jüngere Generation nicht immer einfach. Dazu gehört eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Sache. Es heißt immer so schön: Die Junge Union ist der Stachel im Fleisch der Union. Ich kann sagen: Das stimmt - heute wie damals!

Die ersten Schritte auf dem politischen Parkett sowie die Verankerung erster politischer Traditionen, wie die Durchführung des Deutschlandtages, finden ihre Erwähnung im ersten Kapitel der Jubiläumsschrift. Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und viele andere gehören zu den politischen Vordenkern der Nachkriegszeit. Im Gegensatz zu ihnen hatten die Gründungsmitglieder der Jungen Union das Glück in einer stetig stärker werdenden Demokratie aufzuwachsen. Diese Generation von Jungpolitikern durfte das politische Handwerk in einer vom Freiheitsgedanken bestärkten, politischen Organisation lernen und erproben. In Hessen, in Königsstein im Taunus, gab es die erste Zusammenkunft von Mitgliedern junger Gruppen von CDU und CSU aus ganz Deutschland. Das Ziel lautete: Der Zusammenschluss zu einer Jugendorganisation. Aber schon damals, 1947, durften einige Mitstreiter aus Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen nicht nach Hessen reisen. Schon Anfang 1948 mussten die Jungpolitiker in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die Arbeit ruhen lassen. Der Name Junge Union wurde zur weiteren Verwendung untersagt. Mitglieder wurden verfolgt und verhaftet.

Die Forderung nach geheimen Wahlen bei Parteitag kam in den 60er Jahren aus den Reihen der Jungen Union. Schon 1969 wurde das erste Grundsatzprogramm verabschiedet, während die CDU ein eigenes erst vier Jahre später erarbeitete. Für „eine gerechte, vom Eigenantrieb beflügelte Leistungsgesellschaft“ plädierte der ehemalige



JU-Bundesvorsitzende Dr. Bert Even 1963. Wenn wir bei ihm etwas über die politische Grundkonzeption bestehend aus „gottgegebenen und unveräußerlichen Menschenrechten“ sowie über „Prinzipien von Personalität, der Subsidiarität und der Solidarität“ lesen, so hat dies auch heute noch einen aktuellen Bezug.

Beachtlich ist der Anteil der Beiträge, die sich in diesem Buch mit dem Ziel der Deutschen Wiedervereinigung auseinandergesetzt haben. Ein Ziel, dass die Mitglieder der Jungen Union nie aus den Augen verloren haben. Die vielen Kundgebungen und Protestmärsche an den Jahrestagen des Mauerbaus werden zahlreichen Mitgliedern immer in Erinnerung bleiben. Die Junge Union forderte stetig und vehement die Freilassungen der politischen Dissidenten in der ehemaligen DDR und der Sowjetunion. Marxistisch-leninistische Gruppen sollten in Deutschland keine Wurzeln schlagen.

Obschon die meisten Autoren heute nicht mehr in der Jungen Union aktiv sind, wird bei jedem einzelnen Bericht deutlich, welchen hohen Stellenwert sie ihrer politischen Arbeit in der Jugendorganisation geben und gegeben haben. Viele von uns haben Freundschaften fürs Leben geschlossen. Einige haben sogar ihre zukünftigen Ehepartner getroffen. Mit diesem Buch bleiben viele Jahre voller Tatendrang und Ideenreichtum in unserer Erinnerung lebendig. Ich bin überzeugt, dass die Festschrift für die zukünftigen Generationen eine eindrucksvolle Lektüre aber auch ein Lehrbuch sein wird. Es wird ein eindrucksvoller Bogen von den stürmischen Anfängen der Nachkriegsjahre bis zu einer sich heute modern präsentierenden Jungen Union gespannt. Das Werk zeigt: Die Junge Union ist weit mehr als „Plakattruppe“ oder „Kofferträger“.

Wer es liest, den wird es prägen. Der Inhalt verleitet zum Nachdenken, aber auch zum weiteren Vordenken. Viele Zeitzeugen, Redeprotokolle und Buchbeiträge dieser Jubiläumsausgabe geben eines mit auf den Weg: ▶▶

„Gestaltet die Zukunft!“ - Gemeint ist das „Feuer“, das von der Jungen Union weitergetragen wird. Viele meiner Weggefährten und selbstverständlich auch ich stehen der Jungen Union gerne und jederzeit zur Seite. Die Union setzt auf ihre Kreativität und ihren Ideenreichtum. Ob das andere Parteien von ihrem Nachwuchs so sagen können, weiß ich nicht. Fakt ist: Bei uns funktioniert es. Wie? - Das können Sie in „60 Jahre Junge Union Deutschlands“ nachlesen: Hier finden

Sie alles, was Sie brauchen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

Volker Bouffier
Hessischer Minister des Innern und für Sport

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

AKTIV



Grundsatzprogrammkongress

Auf dem Kongress der Jungen Union Nordrhein-Westfalen zum Grundsatzprogrammentwurf der CDU konnten der Vorsitzende der Grundsatzprogrammkommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, sowie die Kommissionsmitglieder JU-Chef Philipp Mißfelder und Hendrik Wüst, Generalsekretär der CDU NRW, begrüßt werden. „Es ist notwendig, dass das kommende Grundsatzprogramm klar Stellung bezieht zu den Fragen, die insbesondere unsere Generation betreffen und in naher Zukunft entscheidend sein werden für den Kurs der CDU“, so Sven Volmering, Landesvorsitzender der Jungen Union NRW. In drei Foren entstanden anschließend angeregte Debatten zu den Themen „Identität der CDU und unser Gesellschaftsbild“, „Wirtschaft, Europa und die Bewahrung der Schöpfung“ sowie „Innere Sicherheit und die Rolle des Staates“.

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

AKTIV



Freiheit statt Kommunismus

Anlässlich der Gründung des Landesverbands von „Die Linke“ hatte die JU Hessen zur Demonstration aufgerufen. Hundert JÜler kamen zusammen und protestierten lautstark gegen die linken Demagogen. „Die Linke“ versucht, das DDR-Unrecht zu verharmlosen und wirbt mit Populismus gegen die Demokratie. „Sozialismus ist keine gute Idee, die in der DDR schlecht umgesetzt wurde. Sozialismus ist eine schlechte Idee“, stellte der JU-Landesvorsitzende Dr. Peter Tauber bei der Kundgebung klar. Mehrmals wurde der friedliche Protest von einer Gruppe gestört, die Sowjetfahnen schwenkend die Internationale anstimmte. „Der Kommunismus treibt wieder sein Unwesen in Deutschland“, so Tauber. Mit Andrea Ypsilanti steht auch an der Spitze der SPD eine Vertreterin des linken Flügels, die nach der Landtagswahl im Januar nicht davor zurückschrecken würde, eine Koalition aus SPD und den Neo-Kommunisten der SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ zu bilden. Hier wird die JU energisch gegenhalten.

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG

